

Grabenkämpfe ums Beschwerderecht

Kommissionsmehrheit im Landrat will die Umweltorganisationen schwächen

BaZ 20.2.2008



Verhindert. Der Prattler Quartierplan «Grüssen 4» ist vom VCS erfolgreich bekämpft worden. Die Erfolge vor Gericht könnten den Umweltverbänden zum Verhängnis werden. Foto Henry Muchenberger

ANDREAS HIRSBRUNNER

Die Bau- und Planungskommission will nicht nur das Beschwerderecht bei Nutzungsplanungen beschneiden, sondern auch bei Baugesuchen. Zum Ärger der Umweltverbände spielt Landrätin Elisabeth Schneider eine aktive Rolle.

Die landrätliche Bau- und Planungskommission hat an einem der Standbeine der kantonalen Umweltorganisationen gesägt: Mit einer Stimme Mehrheit beschlossen Vertreter von SVP, FDP und CVP gegen die Stimmen von SP und Grünen, dem Landrat zu beantragen, das Verbandsbeschwerderecht der Organisationen aus dem kantonalen Raumplanungs- und Baugesetz zu kippen.

Der kurz vor den Fasnachtsferien gefällte Entscheid der 13-köpfigen Kommission fiel so knapp aus, weil zwei Bürgerliche fehlten. Die Kommission schwenkte damit auf die Linie der Regierung ein, die ebenfalls nichts mehr von einem Verbandsbeschwerderecht bei kantonalen und kommunalen Nutzungsplanungen wie Zonen- oder Quartierplänen wissen will.

BAUGESUCHE. Doch die Kommission geht noch weiter als die Regierung: Auf Antrag von Landrätin Elisabeth Schneider (CVP) entschied sie, das Verbandsbeschwerderecht auch bei Baugesuchen abzuschaffen. Schneider, hörbar energiegelad, dass Kommissionsinter-

na nach aussen gesickert sind, begründet ihren Antrag so: «Es hat keinen Sinn, dass die Organisationen zwar keine Beschwerde mehr gegen einen Quartierplan führen können, später aber gegen die Baugesuche innerhalb des Plans.»

Und Schneider verweist auf die auf eidgenössischer Ebene oft vorgebrachte Forderung, wonach es den Umweltverbänden verunmöglicht werden soll, an demokratisch beschlossenen Planungen zu rütteln. Im Visier hat Schneider dabei vor allem eine Organisation: «Wenn der VCS die Projekte im Grüssen-Gebiet in Pratteln nicht bekämpft hätte, wäre das Verbandsbeschwerderecht im Baselbiet gar nicht zum Thema geworden.»

Damit gebt sich die CVP-Landrätin auf Glatteis. Argumentativ, weil der VCS wiederholt von den Gerichten Recht bekommen hat. So hat das Kantonsgericht erst vor zwei Monaten aufgrund einer Beschwerde des VCS die regierungsrätliche Genehmigung des Quartierplans Grüssen 4 aufgehoben. Und taktisch gebt sich Schneider auf Glatteis, weil sie gewichtige Partner im Komitee Südumfahrung Nein, das sie präsidiert, erheblich schwächen will.

WWF-Geschäftsführer Jost Müller: «Ich kann nicht verstehen, weshalb Schneider gerade die Einflussmöglichkeiten beschränken will, mit denen sie selbst gegen die Südumfahrung kämpft.» Er habe Mühe

damit, dass man Naturwerte und intakte Landschaften vor der eigenen Türe erhalten, aber insgesamt den Schutz beseitigen wolle. Müller: «Gerade für das Bauen ausserhalb der Bauzone wäre das Aus für die Verbandsbeschwerde verheerend. Denn nur sie kann eine juristische Überprüfung bewirken.»

«SKANDALÖS». Urs Chrétien, Geschäftsführer von Pro Natura Baselland, geht noch einen Schritt weiter: «Ich finde das Zustandekommen des Kommissionsentscheids skandalös. Wir wurden trotz mehrmaligen Anfragen nicht angehört.» Es sei doch eine Selbstverständlichkeit, dass sich die Direktbetroffenen äussern könnten. Für Chrétien geht damit «ein ganz und gar unsachlicher Prozess» weiter. Denn bereits bei dem von Umweltorganisationen vor der Kommissionsbehandlung einberufenen runden Tisch hätten FDP und CVP das Gespräch verweigert.

Urs Chrétien verweist auf die Zahlen: In den vergangenen fünf Jahren sei nur eine von insgesamt 15 Pro-Natura-Einsprachen abgelehnt worden. Bei den meisten (sechs) habe es eine Einigung gegeben, oder sie seien gutgeheissen worden (vier). Chrétiens Fazit: «Ganz offensichtlich ist der Mehrheit der Kommission der Vollzug der Natur- und Umweltschutzgesetzgebung ein Dorn im Auge.»

In diesem Frühjahr wird der Landrat entscheiden, ob die Umweltorganisationen weiterhin als Wächter über das Umweltrecht tätig bleiben können oder ob er sie als «Projektverhinderer» ausschalten will. Das Zünglein an der Waage dürfte die CVP spielen, die laut Fraktionspräsidentin Elisabeth Schneider gespalten ist.